

Inhalt

Bildungsland Sachsen	1
Fraktionsklausur	
Editorial	2
Behördenversagen mit System: Zwickauer Terrorzelle	3
Wie werden wir leben? Landesentwicklungsplan 2012	4/5
Fachkräftestrategie statt Eierschecke	6
Adé Solarindustrie?	
Alles Breitband, oder was?	7
Mehr Radverkehr für Sachsen	
Termine	8
Auszeichnung für Antje Hermenau	
Umweltsauerei: Baum-ab-Gesetz	
Impressum	

Sommerklausur der Fraktion

Ihre alljährliche Sommerklausur führt die GRÜNE-Fraktion in diesem Jahr vom 16. bis 18. Juli nach Lichtenwalde in Mittelsachsen. Die Fraktion wird dort unter anderem über ein ökologisch ausgerichtetes Wirtschaftskonzept für Sachsen beraten und sich auf die im Herbst anstehenden Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2013/14 vorbereiten. Fester Bestandteil der Fraktionstreffen sind Vor-Ort-Termine, um Erfolge und Problemlagen in den Regionen besser einschätzen zu können. Der abendliche Empfang, zu dem die Fraktion engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Mittelsachsen einlädt, soll einen weiteren Austausch sowohl über Mittelsachsen als auch die Arbeit in der Landespolitik ermöglichen.

Bildungsland Sachsen: Wer rechnen kann, ist klar im Vorteil oder Wie die Staatsregierung den Lehrermangel erschuf

Kurz vor der Vergabe der Halbjahreszeugnisse im vergangenen Winter war es eigentlich unmöglich, nicht mit dem Thema Lehrermangel konfrontiert zu werden. Die Lokalteile der Zeitungen wussten quasi jeden Tag über neue Rekorde bei Stundenausfällen, nicht vergebene Zensuren und verwaiste Lehrerposten zu berichten. Doch es brauchte erst einen richtigen Knall, damit die Staatsregierung von ihrem „abgesehen von Einzelfällen ist alles in Ordnung-Modus“ auf „Wir haben tatsächlich ein Problem“ umschaltete. Mit dem Rücktritt von Kultusminister Roland Wöllner, der den rigorosen Personal-Sparkurs von Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Finanzminister Georg Unland (alle CDU) am Ende nicht mehr mittragen wollte, konnte niemand mehr die Augen vor diesem offensichtlichen Problem verschließen.

Jetzt werden hektisch Notpläne gebastelt, um die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr überhaupt gewährleisten zu können, wie es so schön im Bürokratendeutsch heißt. Was in den

folgenden Jahren geschieht, ist hingegen kaum absehbar. Die schnell noch aufgestockte Zahl der Studienplätze kommt jedenfalls um Jahre zu spät, wenn man bedenkt, dass ein Lehramtsstudium im Schnitt sieben Jahre dauert.

Dabei hätte die Staatsregierung durchaus Vorsorge treffen können – es gibt schließlich Geburtenzahlen. Stattdessen tat sie die im Laufe der vergangenen Jahre immer heftiger werdenden Proteste der Landtagsopposition und zum Schluss sogar aus der CDU-Fraktion lieber als Schwarzmalerei ab und verwies auf die immer guten Platzierungen Sachsens bei bundesweiten Bildungsrankings.

Dass man in den Ministerien entweder nicht rechnen kann oder lieber schön rechnen will, zeigte sich auch bei den Lehrer-Bedarfsplanungen. Da sich die Zahlen für ausscheidende Lehrer und die Prognosen für Neueinstellungen als „nicht belastbar“ erwiesen, musste das erst im Dezember 2011 von Ex-Kultusminister Wöllner und Finanzminister Unland (CDU) geschnürte „Bildungspaket 2020“ schon im April 2012, unter Federführung der neuen Kultusministerin Brunhild Kurth, massiv nachgebessert werden.

Ausgegangen wird nun von 918 frei werdenden Stellen zum Schuljahr 2012/13. Allerdings können nur die durch Renteneintritt und Umsetzung von Teilzeitwünschen frei gewordenen Stellen besetzt werden. Treten Lehrer in die Ruhephase der Altersteilzeit ein, bleiben ihre Plätze unbesetzt.

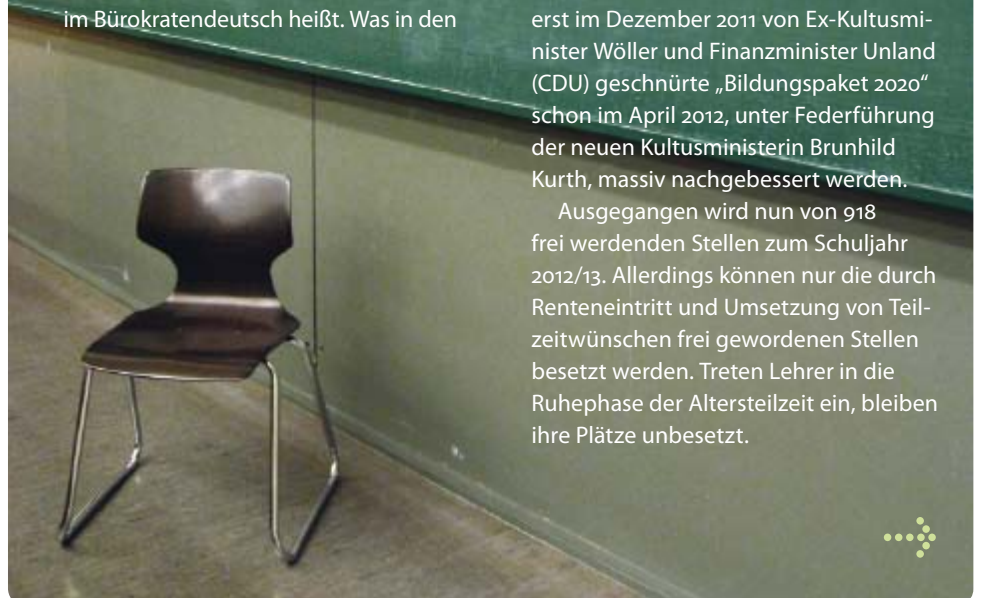




Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Sommerpause naht, doch alles hängt in der Schwebe.

So wird es für Schüler und Eltern eine echte Überraschung, ob im neuen Schuljahr genügend Lehrer da sein werden – oder eben nicht. Das Kultusministerium behauptet zwar tapfer, der Unterricht sei abgesichert, aber regelmäßig folgt ein großes statistisches „Aber“. Niemand weiß genau, wieviel Lehrer wo zur Verfügung stehen (müssten), wie die Universitäten die Erhöhung der Kapazitäten fürs Lehramt umsetzen (können) und ob es genügend Interessierte für ein solches Studium gibt. Und wenn es darum geht, Lehrpersonal aus anderen Bereichen abziehen, wird dem Kultusministerium regelmäßig erst nach seiner Großtat bewusst, welche Lücken nun wieder gerissen worden sind.

Aber auch in den anderen Ministerien ist man nicht besser aufgestellt.

Das große Projekt des Innenministeriums, der Landesentwicklungsplan 2012, muss im Herbst neu aufgerollt werden, weil die Zahl der Einwendungen am Entwurf so hoch war, dass selbst der Staatsregierung angesichts der massiven Kritik mulmig wurde. In der Top-Drei-Liste der Lieblingsfehler ganz vorn mit dabei: der aktuelle Landesverkehrsplan, eine wesentliche Grundlage des Landesentwicklungsplans, wurde erst Wochen nach dem LEP-Entwurf fertig. Aber vielleicht unter-

stellen wir dem Innenminister angesichts der miserablen Qualität des Landesverkehrsplans zu Unrecht schlechte Arbeit, vielleicht wollte er uns nur vor den Ideen des Wirtschafts- und Verkehrsministers schützen. Der ist ja seines Zeichens auch zuständig für den Bereich Arbeit und hatte bereits einige Wochen zuvor mit der Fachkräftestrategie eine Kostprobe seines Könnens geliefert. Auf wenigen Seiten legte er dar, dass die Staatsregierung keine Informationen zum Fachkräftebedarf der sächsischen Wirtschaft in den einzelnen Regionen und Branchen hat.

Da kürzen wir das ganze doch mal ab und fragen, wo die Regierung sonst noch unwissend ist: 1. Nationalsozialistischer Untergrund (will nichts wissen), 2. Bedeutung der Solarindustrie für Arbeitsmarkt und Wirtschaft (will nichts wissen), 3. Baumfällungen aufgrund eigener Gesetzesänderungen (auch egal).

Na dann, auf in die Sommerferien, vielleicht hilft ja die frische See-/Bergluft, um die Gehirnzellen in Schwung zu bringen und ab Herbst konzentriert und mit mehr Elan an die Regierung des Freistaates zu gehen. Oder doch besser Sommerschule mit Mathe-Intensivkurs?

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

Was sieht das überarbeitete Bildungspaket vor?

Das im Dezember verabschiedete Bildungspaket sah insgesamt 2200 Neueinstellungen bis 2015 vor, 400 davon im Schuljahr 2012/13. Für das kommende Schuljahr sind nun 655 Neueinstellungen in den Schuldienst geplant, davon allein 318 an Grundschulen. 100 neue Lehrer werden an Mittelschulen unterrichten, 113 an Förderschulen. Zu den 655 Neueinstellungen kommen noch einmal 350 Lehrer hinzu, die aus anderen Bereichen abgezogen werden und künftig ebenfalls vor einer Klasse stehen sollen.

Wie setzen sich diese Zahlen tatsächlich zusammen?

Nur 565 der 655 neu einzustellenden Lehrer erhalten tatsächlich einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die übrigen 90 werden befristet eingestellt. Ihre Beschäftigung ergibt sich aus Abminderungsstunden von bereits im Schuldienst tätigen Lehrern. Diese wer-

den über EU-Mittel finanziert. Allerdings ist dies nur bis Ende 2013 möglich, da dann die aktuelle Förderperiode ausläuft.

Von den 350 Lehren, die bereits beim Freistaat beschäftigt sind und versetzt werden sollen, werden 290 aus dem Ganztagschulprogramm abgezogen. Pikant: das Programm hatte im letzten Doppelhaushalt erst durch den Lehrereinsatz von 30 auf 20 Millionen Euro gekürzt werden können. Da die nun wieder vor einer Klasse stehenden Lehrer durch Honorarkräfte ersetzt werden müssen, ist die erneute Aufstockung des Ganztagschulprogramms notwendig. 60 Lehrer sollen aus der Verwaltung (Sächsisches Bildungsinstitut, Sächsische Bildungsagentur, Ministerium und externe Einrichtungen, wie z.B. dem Staatsarchiv) zurück in den Schuldienst beordert werden.

Sind genügend Bewerber vorhanden?

Nach Angaben der Staatsregierung liegen 2000 Bewerbungen vor. Davon verfügen nur 1193 Bewerberinnen und Bewerber über eine

Staatsprüfung im Lehramt. Inwiefern das jeweilige Lehramt sowie die studierten Fächer dem Bedarf an sächsischen Schulen auch entsprechen, ist offen. Besonders prekär ist die Situation für die Grundschulen. Geht man von den sächsischen Absolventen aus, stehen hier 90 Lehramtsanwärter 300 freien Stellen gegenüber.

Wie hoch sind die Kosten des Bildungspakets?

Ursprünglich wurden die Mehrkosten für das Bildungspaket auf rund 200 Millionen Euro bis 2015 beziffert. Davon sollten 106 Millionen Euro aus dem Kultushaushalt selbst kommen. Für die zusätzlichen Lehrerneueinstellungen nach dem überarbeiteten Bildungspaket schlagen im kommenden Jahr noch einmal 23,5 Millionen Euro zu Buche. Woher dieses Geld kommen soll, ist unbekannt.

Weitere Informationen

gruene-fraktion-sachsen.de/bf1d5a7b.l

Rechtsextremismus und Terror – Verfassungsschutz und Polizei jahrelang im Tiefschlaf

Fünf Sitzungen hat der 3. Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags zum sogenannten nationalsozialistischen Untergrund (NSU) bereits abgehalten. Der Erkenntnisgewinn über Fehler und Versäumnisse der Staatsregierung bei der Verfolgung der Rechtsterroristen hält sich jedoch in Grenzen. Obwohl die Ausschussmitglieder bereits tausende Aktenseiten sichteten, fehlen etliche Auskünfte, z.B. über die von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt verübten Banküberfälle in Sachsen. Die entsprechenden Akten liegen beim Generalbundesanwalt und der sächsische Generalstaatsanwalt fühlt sich außerstande, sie als Kopien an den Untersuchungsausschuss weiter zu geben.

Doch nicht nur die fehlenden Akten behindern die Arbeit des Untersuchungsausschusses. Aufgrund von Unstimmigkeiten konnten erst in der zweiten Sitzung die Beweisanträge beschlossen werden, erst in der dritten gelang die Einigung über die Sachverständigenanhörung. Diese wurde von CDU und FDP mit einer Sechs-Wochen-Frist allerdings zeitlich so knapp gewählt, dass selbst die Koalitionssachverständigen, die Professoren Eckard Jesse und Klaus Schroeder, nicht zum Termin am 15. Juni erscheinen konnten.

Experte für Rechtsextremismus wirft Staatsregierung Desinteresse vor

Der Politikwissenschaftler und Fachmann für Rechtsextremismus Schroeder hatte ohnehin wenig Verlangen nach Sachsen zu kommen, da die Staatsregierung in der Vergangenheit mehr als einmal die Unterstützung

von Forschungsprojekten zu Extremismus bei Schülern abgesagt hatte. Er habe daher nicht den Eindruck, dass „der sächsischen Regierung daran gelegen war, hierüber Genaueres zu erfahren“. Der von der Opposition vorgeschlagene Forschungsexperte für Rechtsextremismus, Professor Fabian Virchow, war in der Sachverständigenanhörung am 15. Juni daher der Einzige, der den Ausschussmitgliedern Rede und Antwort stehen konnte. Er monierte konkret, dass die engen Verbindungen des Zwickauer Terrortrios zu Mitgliedern des im Jahr 2000 verbotenen rechtsextremen Netzwerks „Blood and Honour“ von sächsischen Behörden entweder unterschätzt oder nicht gesehen worden waren.

Organisierte Verantwortungslosigkeit bei sächsischem Verfassungsschutz

Dass insbesondere der sächsische Verfassungsschutz (LfV) bei der Verfolgung der Rechtsterroristen wenig wahrgenommen oder in einen Zusammenhang gebracht hat, bestätigte Ende Juni der von der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) vorgestellte Abschlussbericht zur Verfolgung des NSU durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Der Vorsitzende, Professor Günther Schneider (CDU), erklärte, dass eine systematische Auswertung der gesammelten Informationen offenbar nicht stattgefunden habe und insbesondere im Referat Rechtsextremismus die Analysefähigkeit der Mitarbeiter deutlich zu wünschen übrig lasse. „Bei einer besseren Koordination hätte der Spuk im Jahr 2000 vielleicht schon beendet werden können“, so sein Fazit.

Miro Jennerjahn, Obmann der GRÜNEN-Fraktion im 3. Untersuchungsausschuss, wird noch deutlicher: „Die organisierte Verantwortungslosigkeit beim Verfassungsschutz ist symptomatisch für Sachsen und sächsische Behörden. Das handfeste Problem, das Sachsen mit der Neonaziszene hat, wird kleingeredet, im Fall des NSU am liebsten als thüringisches Phänomen abgetan.“ Er fordert daher, dass die Staatsregierung die aufgezeigten Mängel in der Arbeit ihrer Sicherheitsbehörden schleunigst aus der Welt schafft und vor allem den Verfassungsschutz hinsichtlich seiner personellen und materiellen Ausstattung überprüft: „Wie kann es sein, dass eine im Bundesvergleich so aufgeblähte Behörde so spärliche Ergebnisse liefert?“

Bis sich der 3. Untersuchungsausschuss dieser interessanten Frage eingehend widmen kann, wird noch etwas Zeit vergehen. In der 5. Sitzung am 2. Juli kamen noch einmal Experten zu Wort: Professor Christoph Gusy widmete sich kritisch der Arbeit von Polizei, Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz. Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen sprach zu den gesellschaftlichen Ursachen für die Wohnortentscheidung des Terror-Trios. Gegen eine weitere von CDU und FDP gewünschte Sachverständigen-Runde sträubt sich jedoch die Opposition. Sie will am 17. September endlich mit den Zeugenvernehmungen von Polizei und Verfassungsschutz beginnen. Schließlich hat der Untersuchungsausschuss nur bis zum Ende der Legislatur 2014 Zeit, Ergebnisse über die Versäumnisse der sächsischen Behörden liefern. Und die ersten Erkenntnisse verdeutlichen, dass hier Vieles im Argen liegt.

PKK: Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) setzt sich aus fünf vom Landtag gewählten Abgeordneten, von denen zwei der Opposition angehören müssen, zusammen. Sie hat die Aufgabe, den sächsischen Verfassungsschutz zu kontrollieren. Ihre Beratungen sind geheim. Ziel der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes ist insbesondere die Schaffung und Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die sachgemäße und rechtskonforme Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel. Die GRÜNE-Fraktion ist in der PKK nicht vertreten.

Weitere Informationen

gruene-fraktion-sachsen.de/d51421a8.l

Alle zehn Jahre muss die Staatsregierung einen aktualisierten Plan zur Landesentwicklung vorlegen. Das ist sinnvoll, bedenkt man, wie augenfällig die Veränderungen seit 2002 in Sachsen sind. Ein Beispiel ist die Bevölkerungsentwicklung. 2002 hat kaum jemand mit den in Dresden und Leipzig anhaltend hohen Geburtenzahlen gerechnet, andere Regionen müssen hingegen mit dauerhafter Abwanderung leben. Das hat Auswirkungen auf die Infrastruktur – von Kitas und Schulen bis hin zu Straße, ÖPNV und Abwasser. Oder nehmen wir die mittlerweile notwendigen Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung sowie die von der Bundesregierung angestrebte Energiewende. Der Umbau der Energieversorgung hin zu Erneuerbaren muss genau durchdacht werden, damit die Wende gelingt. Auch Verkehr, Natur- und Umweltschutz spielen eine wesentliche Rolle. Im Grundsatz geht es bei der Erstellung des Landesentwicklungsplans (LEP) um die Frage, wie werden wir, egal in welcher Region, in zehn, zwanzig oder mehr Jahren in Sachsen leben? Können Grundbedürfnisse für alle gesichert werden? Wie gehen wir mit dem Ressourcenschutz um?

Landesentwicklungsplan 2012

Der vorliegende Entwurf zeigt leider, dass die Staatsregierung kaum Gestaltungswillen hat. Der LEP wimmelt von Allgemeinplätzen und lässt strategische landesplanerische Ansätze völlig vermissen. Die mehr als 1.500 Einwände und Anregungen aus der Bürgerschaft sprechen eine deutliche Sprache. Es bleibt die Hoffnung, dass die Staatsregierung die vielfältigen Verbesserungsvorschläge ergebnisoffen in die Überarbeitung einfließen lässt. Damit der Druck hoch genug bleibt, fordern wir alle auf, sich auch während der von uns geforderten neuerlichen Planauslegung im Herbst wieder kritisch einzubringen. Der Landtag wird seine Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan im Juli beschließen. Aber auch sein Votum hat nur eine beratende Funktion. Den Vorschlag der GRÜNEN-Fraktion, dies zu ändern, hatte die schwarz-gelbe Mehrheit mit dem Beschluss des Landesplanungsgesetzes 2010 leider abgelehnt.

1. Energie und Klima

Salopp müsste man an dieser Stelle das Fazit ziehen: „Energiewende? Pustekuchen!“ Dem Landesentwicklungsplan fehlen jegliche Voraussetzungen für die Entwicklung Sachsens hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Die Braunkohle bleibt der zentrale Energieträger. Das ist allerdings nur die Spitze des (schmelzenden) Eisbergs, denn sämtliche konkreten energiepolitischen Ziele und Maßnahmen des Entwurfs sind ungenügend. Wichtigstes Ziel in diesem Bereich hätte die Minimierung des Energieverbrauchs sein müssen. Dazu finden sich keine Aussagen im Landesentwicklungsplan.

Gemessen an ihrer Bedeutung sind auch die Aussagen zu erneuerbaren Energien

ziemlich dünn. Solarthermie und Photovoltaik werden im vorliegenden Entwurf gar nicht erst erwähnt. Immerhin erkennt man die Potenziale, die durch die Erneuerung von alten Windenergieanlagen entstehen (Repowering), an. Es erfolgt sogar die Ausweisung von Vorranggebieten und der Wegfall von Höhenbegrenzungen. Für die Deckung des Strombedarfs müssten die Vorrang- und Eignungsgebiete allerdings erweitert und die Ausweisung transparent gestaltet werden. Nach Berechnungen im Auftrag der GRÜNEN-Fraktion sollten bis 2020 mindestens 1,5 Prozent der sächsischen Gesamtfläche für Windenergienutzung und Solarfreiflächenanlagen verfügbar sein.

Das Fehlen von Zielvorstellungen und Grundsätzen für die in Sachsen so wichtige Solarbranche ist bezeichnend für das bisherige Agieren der Staatsregierung. Anstatt sich Gedanken zu machen, wie dieser Industriezweig und seine Arbeitsplätze gestärkt werden könnten, weist die Staatsregierung Vorrangflächen für neue Braunkohletagebaue aus. Die GRÜNE-Fraktion lehnt die Festlegung auf Braunkohle als den bedeutendsten Energieträger ab. Sie schadet der Umwelt, dem Klima, den Menschen der Region und erschwert den Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien.

Damit die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende gelingen kann, braucht die Energiewirtschaft Planungssicherheit. Ein zentraler Punkt ist der in aller Munde geführte Netzausbau. Im Landesentwicklungsplan wird er lediglich mit der Nennung zweier Höchstspannungsleitungen behandelt. Die für Sachsen wichtige Verteilnetz-

ebene fehlt. Da ist es quasi folgerichtig, dass man im Landesentwicklungsplan vergeblich nach einem Landesstromnetzplan sucht, der die Planungen für die Höchst- und Hochspannungsleitungen darstellen müsste. Grundlagen für den Stromnetzplan wären eine transparente Ermittlung der Vorranggebiete für erneuerbare Energien, potentielle Standorte für konventionelle Gas-Kraftwerke mit Kraft-Wärmekopplung und Energiespeicher.



2. Bergbau

Für Bergbau allgemein, insbesondere aber für neue, potenzielle Abbaugelände von Erzen und Späten, fehlen in Sachsen eine Rohstoffstrategie und ein Konzept zur Bürgerbeteiligung sowie zum umweltgerechten Abbau. Der vorliegende LEP-Entwurf beschneidet durch seine Festlegung auf Vorranggebiete für Rohstoffabbau – Gebiete, in denen die Bergbaunutzung wichtiger ist als alle anderen Nutzungen – in drastischer Weise bisherige kommunale Hoheitsbefugnisse der Planungsverbände und Kommunen sowie Mitspracherechte von Verbänden und Nachbarn. Völlig unverständlich ist, warum im Landesentwicklungsplan von 2003 die Ausweisung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten (Gebiete, in denen die Bergbaunutzung geschützt aber noch nicht gegen andere Interessen abgewogen ist) möglich war und jetzt der Fokus bei viel umfassenderen Bergbauinteressen allein auf Vorranggebiete zielt. Die GRÜNE-Landtagsfraktion fordert, dass der sächsische LEP eine gleichberechtigte Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in Regionalplänen zu lassen soll und darüber hinaus Rohstoff- und Abbaukonzepte mit ökologischen Kriterien unter Einbeziehung der Öffentlichkeit erarbeitet werden.



3. Demographie / Daseinsvorsorge

Im Strukturkonzept des Landesentwicklungsplans werden die Folgen der im Freistaat äußerst gegensätzlich verlaufenden Bevölkerungsentwicklung zu wenig beachtet. Welche Bedürfnisse gibt es in den schrumpfenden Gebieten, welche in den wachsenden, kinderreichen des Landes? Wie müssten Standards für Bildungs-, kulturelle und soziale Aufgaben aussehen? Unklar ist z.B., warum entgegen der Schulnetzplanung Mittelschulen künftig nur noch in Mittelzentren ausgewiesen werden sollen. Abgesehen davon, dass dem LEP die Planungstiefe für den Schulbereich fehlt, werden mit solch unverständlichen Vorgaben ohne Not gewachsene Schulstrukturen hinterfragt und neue Unsicherheiten ausgelöst.

Thema Einzelhandel: Im LEP-Entwurf wird zwar der Anspruch für einen kritischeren Umgang mit großflächigem Einzelhandel durch eine Absenkung der Handelsflächen erhoben; das Bekenntnis zur Förderung des Einzelhandels und neuer Versorgungsstrukturen vor Ort aber bleibt ohne konkrete Untersetzung.

Wie bereits von der GRÜNEN-Fraktion im Zusammenhang mit der von der Staatsregierung vorangetriebenen Staatsmodernisierung bemängelt, fehlt ein Konzept für die landesweit flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen wie Gerichten, Polizei und anderen Behörden.

Die GRÜNE-Fraktion fordert, analog zum bisher geltenden Landesentwicklungsplan von 2003, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen binnen 30 Minuten mit dem Öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein müssen. Innerhalb einer Stunde sollte man mit Bus oder Bahn ins nächstgelegene Mittelzentrum gelangen, spätestens nach 90 Minuten zu zentralen Einrichtungen in Oberzentren.

Zu einem Strukturentwicklungskonzept gehört auch der Umgang mit Flächenversiegelung durch Neubauten aller Art. Anstelle der derzeitigen Versiegelung von acht Hektar pro Tag fordert die GRÜNE-Fraktion als Ziel eine Null-Neuversiegelung im Landesentwicklungsplan. Dazu müssen vorhandene Flächen lediglich effizienter genutzt und Brachflächen entsiegelt werden.

4. Verkehr

Hier liest sich der Entwurf für die Landesentwicklung wie eine Planung aus den 90er Jahren. Sachsen wird als „Autoland“ bezeichnet, dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird lediglich eine ergänzende Funktion zugestanden. Trotz des Verzichts auf einige völlig überflüssige Straßenausbau- und -neubauvorhaben, die fälschlicherweise als Trendwende beschrieben werden, setzt die Staatsregierung noch immer viel zu stark auf Neubau anstelle Sanierung des vorhandenen Straßennetzes. Der LEP-Entwurf geht, ähnlich wie der im Nachgang erstellte Verkehrsentwicklungsplan (VEP), von insgesamt steigenden Autoverkehrsanteilen (bis 60 Prozent) bei kaum steigendem ÖPNV (neun bzw. zehn Prozent) und sinkendem Anteil an Rad- und Fußverkehr aus. Das ist angesichts aller bekannten Untersuchungen der TU Dresden zur Verkehrsentwicklung, die mit steigenden ÖPNV- und Radverkehrszahlen in Groß-, Mittel- und Kleinstädten rechnen, nicht nachvollziehbar. Aktuelle Trends werden von der Staatsregierung offenkundig ignoriert – insbesondere die steigenden Benzinpreise und ein sich veränderndes Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern die Trendwende weg vom Straßenneubau hin zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Doch Kostenbewusstsein gilt bei dieser Regierung offenbar nur für den ÖPNV und nicht für den Verkehr auf der Straße. Wie hoch die Kosten für den Betrieb und die notwendigen Sanierungen von Straßen sind, ist nach wie vor unbekannt. Bekannt ist hingegen, dass der sächsische ÖPNV einen sehr guten Kostendeckungsgrad von ca. 70 Prozent hat. Zur weiteren Verbesserung des Angebots muss jetzt ein einheitlicher vertakteter Fahrplan von Bahn und Bus in alle Landesteile angestrebt, angepasste Angebote im ländlichen Raum geschaffen sowie ein landesweiter ÖPNV-Tarif eingeführt werden. Grundlegend ist die Untersetzung aller wichtigen Verbindungswege (Entwicklungslinien) mit ÖPNV-Angeboten.

Weitere Informationen

Das GRÜNE Eckpunktepapier und die in das Beteiligungsverfahren eingebrachte Stellungnahme finden sich hier:

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/d628e8cb.1

Informationen der Staatsregierung zur Fortschreibung des LEP-Entwurfs:

➔ landesentwicklung.sachsen.de/11117.htm
SACHSENTAKT 21:

➔ www.mobiles-sachsen.de

Fachkräfte gewinnt man mit Kompetenz, nicht mit Eierschecke, Herr Morlok!

Ein Blick in die „Fachkräftestrategie Sachsen 2020“ der Staatsregierung verschafft Gewissheit: Der schwarz-gelben Koalition mangelt es sowohl am Anspruch als auch an den handwerklichen Voraussetzungen für eine strategische Arbeitsmarktpolitik. Auf neun Textseiten beweist der zuständige Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP), dass er nichts weiß. Austauschbare Allgemeinplätze und ein Konglomerat nicht aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen, wie z.B. „Potentiale entwickeln, individuelle Kompetenzen steigern“ sprudeln aus der ministeriellen Phrasendreschmaschine. Den aktuellen Herausforderungen wird man so nicht gerecht.

Darum hat die GRÜNE-Landtagsfraktion jetzt einen Antrag eingereicht, der die Staatsregierung auffordert, endlich eine fundierte Analyse des sächsischen Arbeitsmarktes abzuliefern und daraus konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Denn bisher gibt es weder Informationen zum Fachkräf-

tebedarf nach Branchen noch nach Regionen, Unternehmensgröße und Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer. Ohne dieses Wissen ist es jedoch unmöglich, sinnvolle Maßnahmen zur Fachkräftesicherung zu entwickeln.

Zwei parallel laufende Entwicklungen müssen bedacht werden. Einerseits steigt der Fachkräftebedarf mit positiven Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen. Andererseits erreicht diese Trendwende längst nicht alle Berufszweige. 70.000 Menschen in Sachsen gelten als langzeitarbeitslos. Ein Drittel davon ist derzeit nicht auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar. Arbeitsmarktpolitik muss sich mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen und differenzierte Lösungen für die Bereiche Aus- und Weiterbildung sowie für die Integration ausländischer Fachkräfte entwickeln.

Mit ihrem Positionspapier „Chancen und Fairness – GRÜNE Arbeitsmarktpolitik für



Sachsen“ hat die GRÜNE-Fraktion ein arbeitsmarktpolitisches Konzept vorgelegt, das nicht nur

Strategien zur Gewinnung von

Fachkräften, sondern auch Vorschläge für die Integration von Menschen, die vom ersten Arbeitsmarkt bisher ausgeschlossen sind, enthält. Übrigens: Abschreiben ist ausdrücklich erlaubt, Herr Morlok!

Weitere Informationen

Broschüre Arbeitsmarkt:

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/6b22e515.I

Große Anfrage: Arbeit und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen (Drs. 5/6325)

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/c7235b44.I

Wollen wir eine ostdeutsche Solarindustrie?

Dank der Solarindustrie sind in Ostdeutschland nach dem industriellen Zusammenbruch vor 20 Jahren wieder Technologieführer heimisch. Sie bieten die gesamte Fertigungskette von der Siliziumproduktion bis zur installierten Solaranlage an. Durch den Verbund mit Hochschulen, Maschinenbauern und Forschungsinstituten entstand ein wettbewerbsfähiges High-Tech-Cluster, das entscheidend dazu beitrug, dass Solarstrom vom Dach für den Hausbesitzer heute günstiger ist als Haushaltsstrom vom Stadtwerk. Schon 2020 wird die globale Nachfrage auf 100 Gigawatt jährlich geschätzt. Das Zehnfache von heute.

In der erfolgverwöhnten Solarbranche hat man allerdings nicht mit den Beharrungskraften in der Politik gerechnet. Zusammen mit den Verlierern der Energiewende versuchen sie, den Ausbau der Erneuerbaren zu verhindern. Die gerade erst im Bundesrat durch das vehemente Auftreten der Regierungen von Sachsen-Anhalt und Thüringen verhinderte unverhältnismäßig starke Absenkung der Solarförderung – Sachsen glänzte mit verhaltenem Agieren – kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir an einem Scheideweg stehen. Wollen

wir die Solarindustrie Asien und Amerika überlassen oder sie zum Zugpferd für die weitere Reindustrialisierung Ostdeutschlands machen?

In einem Fachgespräch der GRÜNEN-Fraktionen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde mit Experten der Solarbranche über Auswege debattiert. Die Analyse zeigt, dass asiatische Hersteller ihre PV-Produkte hauptsächlich auf europäischen Anlagen mit europäischer Technologie fertigen. Der größte Unterschied zwischen Asien und Deutschland ist das Investitionsklima. China hat die Photovoltaik zur Schlüsseltechnologie erklärt. Die Branche bekommt Zugang zu verbilligtem Kapital und konnte so in den letzten zwei Jahren rund 40 Milliarden Dollar in neue Fertigungsanlagen investieren. Das ist entscheidend: Wer in dieser Wachstumsbranche nicht permanent investiert und Kapazitäten mit neuesten Technologien und Maschinen ausbaut, geht unter. Die deutsche Solarindustrie hat vor allem durch die Bastelei der Bundesregierung an der Einspeisevergütung kaum noch Zugang zu frischem Kapital.

Im Fachgespräch kristallisierten sich zwei Ansätze für ein sofortiges Handeln heraus:

Kurzfristig wäre eine zeitlich begrenzte „European-Content-Regel“ im Erneuerbare-Energien-Gesetz ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Branche. Solarmodule mit einem europäischen Wertschöpfungsanteil von mindestens 80 Prozent sollten eine ca. 30 Prozent höhere Vergütung erhalten. Zudem könnten staatliche Bürgschaftsbanken durch Kredite für die Solarindustrie absichern, dass Investitionen in Innovationen sowie die Erneuerung von Produktionsanlagen und Maschinenparks finanziert werden. Langfristig müsste der Bund das Forschungsprogramm „Innovationsallianz Photovoltaik“ erhöhen, um die technischen und wirtschaftlichen Potenziale bei System- und Gebäudeintegration, Produkt- und Prozessinnovationen sowie Speichertechnologien zu erschließen. Eine Gegenfinanzierung könnte aus der erfolglosen Forschungsunterstützung für die Kernfusion erfolgen.

Weitere Informationen

Link Fachgespräch:

➔ wir-sind-klima.de/?id=2004#7513

Antrag „Existenzgefährdende Kürzung der Solarförderung verhindern, sächsische Solarindustrie erhalten“ (Drs. 5/8391):

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/eb1ed851.I

Umbauen, ausbauen, neu bauen – mehr Radverkehr für Sachsen

Menschen im Anzug oder schicken Sommerkleid auf dazu passenden Stadträdern neben schnittigen Sportausführungen und Transporträdern sieht man zwar nur in Foto-reportagen über moderne Verkehrsmittelwahl in anderen Landstrichen, doch auch in Sachsen gewinnt das Fahrrad an Beliebtheit. Der Anteil mit dem Rad als Hauptverkehrsmittel zurückgelegter Wege steigt vor allem in den Ballungsräumen. Er liegt in Dresden bei 16 Prozent, in Leipzig bei 14,4, in Coswig/Radebeul bei 21,5 und in Großenhain bei 20,9 Prozent. Wieviel Prozent aller Wege im gesamten Freistaat derzeit mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, ist jedoch unbekannt, da FDP-Verkehrsminister Sven Morlok bei seinen aktuellen Verkehrsprognosen Rad- und Fußverkehrsanteile zusammengefasst hat. Konkrete Zielvorgaben für die Erhöhung des Radverkehrsanteils fehlen ganz.

Betrachtet man das tägliche Gewürge auf zu engen und holprigen Rad- und Fußwegen oder den Kampf um den Platz auf der Straße, müsste es eigentlich heißen: umbauen, ausbauen, neu bauen. Und zwar Radstreifen, auch zu Lasten des Autoverkehrs. Bei Durchschnittsstrecken von nicht einmal fünf Kilometern, hohem Platzverbrauch und gleichzeitiger Luftverschmutzung ist die Nutzung des Pkw nicht zu rechtfertigen.

Dennoch baut man in Sachsen lieber neue Straßen. Das Geld für den Radwegeausbau wurde dagegen von der Staatsregierung von sechs Millionen (2010) auf vier Millionen Euro jährlich reduziert. Völlig kontraproduktiv war auch die Entscheidung, die Pflicht zum Bau von Abstellanlagen für Räder aufzuweichen. Dabei ist es für jeden ein Ärgernis, wenn das Fahrrad statt gut verstaut im Fahrradständer an der verputzten Hauswand schrabbert, weil sich an der Laterne schon fünf Gefährte um den Platz streiten. In anderen Bundesländern wurden die Vorzüge einer klugen Radverkehrspolitik längst erkannt. Zum Beispiel konnte Nordrhein-Westfalen durch seine Förderung den Radverkehrsanteil merklich erhöhen. Es wurde großzügig in den Bau und Erhalt von Radwegen und Stellplätzen sowie eine landesweit einheitliche Beschilderung von Radrouten und Fahrradstationen investiert.

Die GRÜNE-Fraktion hat jetzt einen Antrag „Radverkehr in Sachsen fördern“ vorgelegt, der von den Sachverständigen in der Landtagsanhörung viel Unterstützung bekam. Bis 2020 soll aus GRÜNER Sicht der Anteil mit dem Rad zurückgelegter Wege auf 20 Prozent steigen. Grundlegend sind Fortschreibung und Umsetzung der Radverkehrskonzeption. Die Infrastruktur muss zwingend verbessert

Weitere Informationen

Radverkehr und Verkehrsplanung in Sachsen:

➔ mobiles-sachsen.de

Antrag: Radverkehr in Sachsen fördern: Drs. 5/7601

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/9a203d00.l

(Quelle: Verkehrserhebung Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrsbefragungen SrV, TU Dresden)

werden, weil u.a. an nicht einmal zehn Prozent der Staatsstraßen Radwege existieren. Auch die Kommunen haben mehr Unterstützung verdient. Wie in anderen Bundesländern könnte eine Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen und Kreise auf Landesebene ein Schritt zu mehr Radverkehr sein. Bislang gibt es noch nicht einmal Ansprechpartner für Radverkehrsförderung im zuständigen Wirtschaftsministerium.

Erstes Ziel der GRÜNEN-Fraktion ist es jetzt, im Doppelhaushalt 2013/14 15 Millionen Euro jährlich aus dem Straßenneubau für die Radverkehrsförderung umzuwidmen. Mittelfristig sollen zehn Euro pro Kopf und Jahr für den Radverkehr bereit stehen. Mit einer Großen Anfrage will die Fraktion zudem aktuelles Zahlenmaterial zur Radverkehrsentwicklung sowie zum Stand der Radverkehrskonzeption erfahren.

Alles Breitband, oder was? – Die Zukunft der Internetinfrastruktur in Sachsen

Der Breitbandausbau in Sachsen geht voran, ist überall zu lesen. Tatsächlich laufen viele Förderprojekte, immer mehr Haushalte erhalten Anschlüsse. Dennoch gibt es noch unterversorgte Orte auf dem Lande. Die Betroffenen können viele Internet-Anwendungen vom YouTube-Video bis hin zu großen Bilddateien von Planzeichnungen nicht nutzen. Eine echte Benachteiligung für Privathaushalte und Unternehmen. Die funkbasierte LTE-Technologie kann hier zwar einige Lücken schließen, doch die Entwicklung schreitet voran.

Was heute als schnelles Breitband gilt, ist morgen Schneckenpost. Der jetzt geförderte Ausbau geht von einer ausreichenden Breitbandversorgung aus, wenn mindestens 2 Mbit/s im Download erreicht werden. Diesen Wert kann man bereits getrost als überholt bezeichnen. Langfristig brauchen

wir flächendeckend High-Speed-Internet von deutlich über 100 Mbit/s. Der Bedarf zeichnet sich mit Blick auf die zunehmende Nutzung von Videodiensten in HD/3D und Cloud Computing, der gemeinsamen Nutzung von Hard- und Software über Internetverbindungen, ab.

Bisher hat die Staatsregierung keine langfristige Breitband-Strategie, wie aus der Antwort auf die Große Anfrage der GRÜNEN-Fraktion hervorgeht. Sachsen darf der Entwicklung aber nicht hinterher rennen, sondern muss vorausschauend planen, damit Menschen nicht dort dauerhaft benachteiligt werden, wo sich der Ausbau des High-Speed-Internet für die Unternehmen nicht rentiert.

In einem entsprechenden Antrag zeigt die GRÜNE-Fraktion deshalb Kriterien für eine zukunftsweisende Strategie auf. Dazu gehört der gesetzliche Anspruch auf eine

Mindestübertragungsrate, die das Internet auch wirklich nutzbar macht, ebenso wie Standards der Netzneutralität und der Ausschluss von Volumenbeschränkungen bei Funkverbindungen. Die Förderprogramme müssen auf flächendeckende Glasfasernetze ausgerichtet werden, da ohne Glasfaser kein schnelles Internet mehr zu machen ist.

Weitere Informationen

Große Anfrage: Breitbandausbau im Freistaat Sachsen (Drs. 5/5778):

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/d6235d45.l

Antrag: „Zukunftsweisende Breitbandstrategie für Sachsen entwickeln“ (Drs. 5/8941)

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/a120a400.l

Termine

14. Juli 10 – 16 Uhr

Der Weg zu 100 Prozent Erneuerbarem Strom für Dresden

Klimakonferenz
Dresden, Sächsischer Landtag

18. Juli 18 – 20 Uhr

Lehrermangel in Sachsen

Infoabend
Bautzen, Grüner Laden

19. Juli 18 – 22 Uhr

Ein neues NPD-Verbotsverfahren: möglich, notwendig oder schädlich?

Diskussion
Dresden, Sächsischer Landtag

7. – 9. September 10 – 20 Uhr

Tag der Sachsen

Infostand der Fraktion auf dem Tag der Sachsen in Freiberg

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangabe finden Sie unter gruene-fraktion-sachsen.de/termine



Der Sächsische Rechnungshof hat Antje Hermenau, Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion, am 24. Mai die Ehrenmedaille für herausragende Verdienste um die Finanzkontrolle im Freistaat Sachsen verliehen. In seiner Laudatio würdigte Prof. Karl-Heinz Binus, Präsident des Sächsischen Rechnungshofs, Hermenaus langjähriges haushaltspolitisches Engagement in Bundestag und Landtag. Mit ihrer ständigen Neu- und Rückbesinnung auf das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, sei sie eine anerkannte Mahnerin für die demokratische Steuerung des Haushalts. Ihre beharrlichen Nachfragen hätten schon so manchem ministerialem Beamten Schweißperlen auf die Stirn getrieben. Hermenau betonte in ihrer Danksagung, dass es für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat neben einem funktionierenden Rechtsstaat unerlässlich sei, dass mit ihrem Geld verantwortungsvoll umgegangen werde.

FRÖSCHEVERSTEHER: UMWELTSAUEREI DES MONATS

Auf die Bäume ihr Affen ...

Von 140 Pflaumenbäumen zwischen Eilenburg und Rödgen stehen noch sechs. Ein verbreitetes Phänomen. In ganz Sachsen verschwinden kilometerlange Alleen aus Obstbäumen, Ersatzpflanzungen gibt es kaum. Gerade im „ungeschützten Bereich“, also auf unbebauten Grundstücken außerhalb von Ortslagen, hat die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes von 2010 den letzten Rest Hemmungen beim Roden von Bäumen abgebaut.

Eine Kleine Anfrage von Gisela Kallenbach, umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion, ergab: Wie viele ungeschützte Bäume in Sachsen gefällt wurden, weiß niemand,



weder in den Kommunen noch auf Landesebene. Denn ohne Genehmigungspflicht gibt es auch keine Statistik. Die Stadtverwaltungen der großen Städte antworteten auf Anfragen grüner Stadträte sinnig: „Eine konkrete Aussage zu Fällungen seit Inkrafttreten der Gesetzesnovelle ist nicht möglich.“ Dieses Unwissen macht es den Kommunen schwer, Ersatzpflanzungen anzuordnen – dies war ein klarer Vorteil der alten Baumschutzsatzungen.

Fazit: Das befürchtete Kettsägenmassaker blieb zwar aus, doch die Zahl der Bäume geht merklich zurück, die Rechtsunsicherheit ist größer geworden und der Bürokratieabbau liegt bei Null.

Publikationen



Bestellen

Die Broschüre sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert